

BERLINER

Wirtschaft



Das Magazin
der Industrie- und
Handelskammer zu
Berlin 12/2023
ihk.de/berlin

IHK Berlin

TAG DES EHRENAMTES

Danke allen engagierten
Unternehmerinnen und
Unternehmern!

Seite 3

Fachkräfte

IHK-Präsident Sebastian
Stietzel wirbt in Brüssel
für europäische Strategie

Seite 14

Service

Diese Rechtsänderungen
sollten Unternehmen
2024 im Blick behalten

Seite 58

Schluss mit den Faxen

Weniger Papierkram und Behörden-Pingpong,
mehr Digitalisierung und Effizienz: Unternehmerin
Anett Hüssen über die Bedeutung einer modernen
Verwaltung für den Standort Berlin

Seite 16, Interview Seite 24

FOKUS



INHALT

20

Nach Branchen bündeln

Global Protect Sicherheitsdienste fordert entschlackte öffentliche Vergaben

22

Street View statt vor Ort

Lange und umständliche Verfahren bremsen Tiefbauer
Werner Pletz GmbH

23

Termin beim Amt per Video

Heinlein Support digitalisiert Verwaltungsstrukturen

24

„Regulierungswut ist für uns die größte Herausforderung“

Anett Hüssen, Hauskrankenpflege
Dietmar Depner, im Interview



TEAM SERVICE

Berlins Verwaltung soll moderner, digitaler und leistungsstärker werden. Um überfällige Entwicklungen voranzutreiben, setzen IHK und Berliner Wirtschaft auf partnerschaftliche Projekte

von *Eli Hamacher*



Gemeinsam, digital, lösungsorientiert: Die Verwaltung braucht neue Strukturen und nötige Ressourcen

An Erkenntnisgewinn mangelt es nicht: „Unsere Stadt braucht eine zukunftsweisende und lernende Verwaltung, die agil handelt und resilient aufgestellt ist. Deshalb ist es notwendig, die grundlegende Reform der Berliner Verwaltung zügig voranzutreiben – für eine auf allen Ebenen funktionierende, zukunfts- und handlungsfähige Stadt. Dabei denken wir Verwaltung konsequent aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger und der Wirtschaft.“ Welch hohen Stellenwert eine funktionierende Verwaltung für den neuen Senat hat, zeigt – zumindest in der Theorie – der Ende April 2023 unterzeichnete Koalitionsvertrag. Gleich nach der Präambel widmen sich die Autoren diesem Thema. Doch um „Für Berlin das Beste“ zu erreichen, drängt die Zeit.

Für IHK-Präsident Sebastian Stietzel wird mit Blick auf die Berliner Verwaltung zunehmend die Frage laut, ob Berlin überhaupt in der Lage ist, seine Governance-Probleme zu lösen. „Die bis zum Jahr 2020 erfolgten hoffnungslosen Ansätze dazu werden mittlerweile in Jahrzehnten gezählt. Hier laufen wir einer tiefen Vertrauenskrise in die Funktionsfähigkeit der Stadt und einer Politikverdrossenheit der Stadtgesellschaft entgegen, was unbedingt verhindert werden muss.“

Die Problemfelder seien längst bekannt: „Die unklare Zuordnung von Aufgaben und Verantwortlichkeiten zwischen der Landes- und Bezirksebene bewahren eine dysfunktionale Entscheidungs- und Umsetzungsstruktur.“ Die angespannte Personalsituation von aktuell 7.000 unbesetzten Stellen werde durch 40.000 altersbedingte Abgänge bis 2031 sowie jährlich rund 1.000 persönlich motivierte Kündigungen verschärft. „Hier spielt auch die schleppende Digitalisierung eine Rolle, denn mehr digitale Prozesse benötigen weniger Personal, steigern die Effizienz der Abläufe sowie die Arbeitgeberattraktivität der Verwaltung – viel Potenzial, was an dieser Stelle fahrlässig verschenkt wird.“ Das Dilemma wird aus Stietzels Sicht durch eine althergebrachte Beschaffungs- und Vergabepraxis abgerundet, die sich nicht offen für Unternehmen zeigt, die innovative Entwicklungen und praxiserprobte Lösungen für die Berliner Verwaltung und die Stadt bereithalten.

Teil der Lösung will die Berliner Wirtschaft sein. So berät und begleitet der nach der Wahl des neuen IHK-Präsidiums im Jahr 2022 gegründete Ausschuss „Funktionierende Stadtverwaltung“ Vollversammlung und Präsidium der IHK Berlin bei der Verwaltungsmodernisierung und -digitalisierung. Er unterstützt bei der politischen Positi-



Ich beobachte eine sehr hohe Motivation und stelle gleichzeitig eine Art Verwaltungsscham fest.

Daniela Hensel
Partnerin Why do birds

7.000

Stellen in der Berliner Verwaltung sind unbesetzt. Dazu kommen 40.000 altersbedingte Abgänge bis 2031 und jährlich 1.000 persönlich motivierte Kündigungen.



IHK-Ausschuss
Weitere Informationen zum IHK-Ausschuss „Funktionierende Stadtverwaltung“ unter: bit.ly/aus-schuss-funkt-stadtverwaltung

Businessplan
Der Businessplan „Funktionierende Stadt“ online: bit.ly/business-plan-funkt-stadt



Heike Schöning,
IHK-Public-Affairs-Managerin
Innovationspolitik
Tel.: 030 / 315 10-331
heike.schoening@berlin.ihk.de

onsfindung und dem Vorantreiben wichtiger Projekte gegenüber dem Senat. Der Ausschuss identifiziert Best- und Worst-Practice-Beispiele von Unternehmen sowie erfolgreiche Lösungen anderer Kommunen im In- und Ausland.

Gemeinsam mit einem Expertenteam aus Vertreterinnen und Vertretern der Wirtschaft, Wissenschaft und Fachöffentlichkeit erarbeitete die IHK Berlin einen Businessplan mit dem Titel „Funktionierende Stadt“, in dem ein Expertenteam diverse Bedarfsfelder identifizierte, um eine leistungsstarke, moderne und digitale Berliner Verwaltung zu formen. Bedarfsfelder sind:

- Politische Strukturoptimierung
- Automatisierung/Digitalisierung, Service-Optimierung
- Innovative Vergabe/Datennutzung
- Personalgewinnung, -entwicklung und -führung

Der Businessplan beschreibt für jedes Bedarfsfeld diverse Produkte, etwa die Gründung eines Serviceteams Innovative Beschaffung, nennt Key Performance Indicators (KPIs), mit denen der Erfolg des Produkts gemessen werden kann, definiert zudem Ansätze, wie das Thema operativ umgesetzt werden kann und welche Stakeholder und Partner eingebunden werden können. Und: Der Businessplan benennt die benötigten Ressourcen, etwa bei Personal und Finanzen.

Wie die gesamte Wirtschaft kämpft auch die Berliner Verwaltung mit Fachkräftemangel. Und der wird gravierender. In Zahlen: Mehr als ein Drittel der Berliner Verwaltungskräfte geht bis 2029 in den Ruhestand. „Bei der Zusammenarbeit mit Verwaltungsmitarbeitenden beobachte ich immer wieder eine sehr hohe Motivation, für das Gemeinwohl tätig zu sein. Gleichzeitig stelle ich eine Art Verwaltungsscham fest, ein Gefühl, sich dafür entschuldigen zu müssen, dass man technisch, prozessual und methodisch völlig unzureichend ausgestattet ist“, sagt Daniela Hensel, Partnerin bei der Berliner Why do birds GmbH, die sich mit 30 Beschäftigten auf Service-Design, Audio Branding und Motion Branding spezialisiert hat. Zu ihren Kunden zählen auch öffentliche Auftraggeber wie Deutsche Bahn und die BVG.

Service-Design: Vorbild Großbritannien

Die Erfahrungen aus der Wirtschaft, unter anderem mit Projekten rund um Service-Design, bringt die Managerin auch in ihre Professur an der HTW Berlin ein. „Beim Service-Design geht es darum, Dienstleistungen und Prozesse so zu gestalten, dass sie sich an den Bedürfnissen und

Erwartungen der Nutzer ausrichten, um die Nutzererlebnisse zu verbessern.“ Das Ausland sei in dieser Hinsicht schon viel weiter, etwa Großbritannien, wo es zum Beispiel gelungen sei, Rentenbescheide zu entwickeln, die den Bürgern einen echten Informationswert bieten und nicht nur ein Zahlenwirrwarr. Um Verwaltung neu zu denken, will ein neuer Studiengang an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Methoden unter anderem auf dem Gebiet des Service-Design vermitteln. Auch die Verwaltungsakademie könnte entsprechende Methoden lehren und als Multiplikator dienen, so Hensel. Der Einsatz solcher Methoden

Damit es in Berlins Verwaltung besser läuft, ist für IHK-Präsident Sebastian Stietzel ein ganzes Maßnahmenbündel nötig – von der klaren Kompetenzverteilung über Digitalisierung bis hin zu einer innovativen Vergabe öffentlicher Aufträge



könne aber nur gelingen, wenn sich das Mindset in der Verwaltung wandle und man bereit sei, Prozesse umzustellen. Es mangle an Führungskräften, die motivieren und den Raum für persönliche Weiterentwicklung schaffen. Hensels Fazit: „Wenn es in Zeiten des harten Wettbewerbs um die besten Kräfte nicht gelingt, eine Atmosphäre zu schaffen, in denen sich High-Performerinnen und High-Performer geschätzt und motiviert fühlen, sehe ich nicht, wie der Turnaround gelingen soll.“ Nur dann könne man auch Quereinsteiger für die Verwaltung begeistern.

Wirtschaft erwartet Umsetzungstempo

Für IHK-Präsident Sebastian Stietzel gilt es keine Zeit mehr zu verschwenden. „Die Berliner Wirtschaft erwartet nun Umsetzungstempo von der Politik. Der Senatsbeschluss vom Februar 2023 bietet dafür längst eine hervorragende Grundlage.“ Konkret fordert Stietzel:

→ Eindeutige Zuordnung der Verwaltungsaufgaben heißt, gesamtstädtische Steuerung und Politikfelder mit berlinweiter Relevanz gehören auf die Landesebene und starke Umsetzungskompetenz auf die Bezirksebene.

→ Notwendige verfassungsändernde Maßnahmen wie die Einführung der Fachaufsicht sowie der Richtlinienkompetenz für die Bezirksoberhäupter dürfen nicht mit Tabus belegt sein.

→ Die Verwaltung muss sich zu einem begehrten Arbeitgeber für junge Nachwuchskräfte und Quereinsteiger entwickeln – auch durch die zügige Modernisierung und Digitalisierung der Verwaltungsprozesse.

→ Die Digitalisierung wird nur funktionieren, wenn das IT-Dienstleistungszentrum (IDTZ) als zentraler Dienstleister des Landes für Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) mit einer eindeutigen Aufgabenstellung und dem erforderlichen Budget ausgestattet wird.

→ Deutlich mehr Mut und Entschlossenheit braucht es auch in der öffentlichen Auftragsvergabe. Hier muss ein Ruck durch die Reihen von Politik und Verwaltung gehen, indem sich die Hausspitzen und Führungskräfte deutlich zu mehr innovativen Lösungen aus der Wirtschaft für Stadt und Verwaltung bekennen und ihren Mitarbeitern dafür den Rücken stärken. Darauf aufbauend und mit den erforderlichen fachlichen Kompetenzen und mehr zeitlichen Ressourcen für Beschaffungsprozesse ausgestattet, kann die Stadt ihre Chance wahrnehmen, ihre Leistungs- und Servicefähigkeit auf ein wettbewerbsfähiges Niveau heben. ■



Der Geschäftsführer
der Global Protect
Sicherheitsdienste
GmbH, Andreas
Dzierzanowski

Nach Branchen bündeln

Andreas Dzierzanowski
wünscht sich als
Chef der Global Protect
Sicherheitsdienste GmbH
entschlackte Vergabeverfahren
der öffentlichen Hand



Gut vernetzt
Der QR-Code führt
zum Unternehmer
auf Xing:



Wie öffentliche Auftragsvergaben laufen, weiß Andreas Dzierzanowski aus jahrelanger Erfahrung. Seine Global Protect Sicherheitsdienste GmbH ist spezialisiert auf Asyl-, Flüchtlings- und Obdachlosenbetreuung, Krankenhäuser, Seniorenresidenzen sowie Bezirksämter, die alle einen höheren Standard beim Sicherheitspersonal fordern. Das 2018 gegründete Unternehmen erzielt mit knapp 200 Mitarbeitenden in Berlin und Brandenburg 80 Prozent seines Umsatzes mit öffentlichen Auftraggebern.“

Unattraktive Kleinstaufträge

Dzierzanowski beschreibt seine aktuelle Auftragslage zwar als gut, schränkt aber ein: „Das Geschäft wird schwieriger, weil die Vergaben sinnloser und manchmal richtiggehend weltfremd werden. Außerdem wird viel verlangt und wenig bezahlt.“ Als Beispiel nennt der Geschäftsführer das Bezirksamt Lichtenberg, das gerade eine Sicherheitskraft sucht. Nicht etwa in Vollzeit, sondern nur für montags und mittwochs je fünfeinhalb Stunden, inklusive einer Stunde Dienstunterbrechung. „Für solch einen unattraktiven Kleinstauftrag wird eine umfangreiche Ausschreibung gestartet.“

In der Verwaltung herrsche viel Unwissenheit bei den Mitarbeitenden, oftmals würden alte Vor-

lagen kopiert, Excel-Tabellen mit Formelfehlern verschickt und sogar vergabewidrige öffentliche Aufträge ausgeschrieben. Dabei würden Anforderungen an die Unternehmen gestellt, die schlicht nicht erfüllbar seien, wie etwa eine Mindestgröße der Belegschaft, über die nur große Multi-Dienstleister verfügen. Das verletzt jedoch das Gleichstellungsgebot. „Gehen Unternehmen vor die Vergabekammer, liegt die Ausschreibung erst einmal auf Eis“, so Dzierzanowski.

Um gegenzusteuern, müssten in der Verwaltung Fachteams gebildet werden, die sich jeweils auf einige wenige Branchen konzentrieren und immer für ganz Berlin und nicht einzelne Bezirke zuständig sind, fordert der Sicherheitsunternehmer. „Der ganze Vergabeprozess könnte zudem deutlich entschlackt werden, wenn die Auftragnehmer, die im Amtlichen Unternehmer- und Lieferantenverzeichnis eingetragen sind, nicht immer wieder dieselben Dokumente einreichen müssten.“

In dem Verzeichnis, abgekürzt ULV, werden Anbieter geführt, die die entsprechenden Unterlagen und Nachweise etwa zu Anforderungen an Unternehmen und Eignung eingereicht haben. Das würde auch den erheblichen zeitlichen Aufwand reduzieren, der für jede öffentliche Ausschreibung investiert werden muss. Wenn Dzierzanowski die Papiere ausfüllt, hofft er jedes

Mal, nicht gestört zu werden, um sich voll konzentrieren zu können. Einen halben Tag rechnet er mindestens ein, obwohl er mit den Anforderungen bestens vertraut ist.

Kosten senken durch Technikeinsatz

Was den Unternehmer, der auch dem IHK-Ausschuss „Funktionierende Stadtverwaltung“ angehört, jedoch noch viel stärker umtreibt: „Alle reden von Digitalisierung und beklagen den Fachkräftemangel, aber es wird nichts probiert.“ Man müsste viel häufiger Nebenangebote machen, die innovative Technik beinhalten, um Kosten zu senken. Beispiel: In einem Asylheim haben dessen Bewohner mehrfach die Zäune niedergetreten, statt den Haupteingang zu nutzen. Dzierzanowskis Vorschlag, ein Videomeldesystem zu installieren, um rechtzeitig einschreiten zu können, wurde abgelehnt. Stattdessen wurden zwei Sicherheitskräfte in Vollzeit angestellt, was deutlich teurer war und in Zeiten von Personalmangel nicht eben zielführend.

Dabei verfügt die Hauptstadt laut IHK Berlin über ein signifikantes Potenzial, um über qualitätsgetriebene Nachfragen in die Wirtschaft die eigene Funktions- und Leistungsfähigkeit auf ein wettbewerbsfähiges Niveau zu heben. Bei drei bis fünf Milliarden Euro liegt das jährliche Investitionsvolumen. ■

”

Vergaben sind manchmal sinnlos und richtiggehend weltfremd.

Andreas Dzierzanowski

80%

seiner Aufträge erhält Andreas Dzierzanowskis Unternehmen von der öffentlichen Hand.

© JenaKultur, Foto: André Graf

Kennen Sie
Jena?

Jena
Convention
Bureau

■ JENA LICHTSTADT



Bauleiter Manfred Uhlig vom Tief- und Rohrleitungsbauer Werner Pletz GmbH auf einer Baustelle

Street View statt vor Ort

Warten auf Genehmigungen verzögert bei der Werner Pletz GmbH Projekte im Tief- und Rohrleitungsbau. Zudem gibt es oft Ortstermine, obwohl sich alles digital klären ließe

16

Wochen wartet das Bauunternehmen in manchen Berliner Bezirken auf eine sogenannte verkehrsrechtliche Anordnung. Andere benötigen dafür nur zwei Wochen.

Seit fast 40 Jahren bietet die Werner Pletz GmbH Tief- und Rohrleitungsbau in Berlin an. Zu ihren Kunden gehören aktuell die Berliner Wasserbetriebe und die Stromnetz Berlin, für die sich der Mittelständler mit seinen 150 Beschäftigten unter anderem auf das Verlegen der Hausanschlüsse spezialisiert hat. Der Umsatzanteil der öffentlichen Auftraggeber liegt bei rund 90 Prozent. Die multiplen Krisen wie Corona-Pandemie oder Angriffskrieg auf die Ukraine haben das Geschäft nicht beeinträchtigt. „Da Berlin bei den Wasserbetrieben und dem Stromnetz solch einen hohen Wartungsstau hat, haben wir Arbeit ohne Ende“, sagt Bauleiter Manfred Uhlig. Selbst Fachkräftemangel bereitet dem Tiefbauspezialisten kein Kopfzerbrechen. „Wir sind schon sehr digital aufgestellt und werben gezielt auf Ebay-Kleinanzeigen und Instagram, was uns als Arbeitgeber attraktiv macht.“ So weit, so positiv.

Wenn Manfred Uhlig allerdings über seine Erfahrungen mit der Berliner Verwaltung berichtet, verdüstert sich seine Stimmung deutlich. Kein Wunder. „Ich bin extrem abhängig von den Behörden, weil wir Zugang zu den Straßen brauchen, in denen die Kanäle der Wasserbetriebe laufen.“ Dafür benötige das Unternehmen eine sogenannte verkehrsrechtliche Anforderung. Bezirke wie Treptow-Köpenick oder Reinickendorf geben die Genehmigung für eine Vollsperrung binnen maximal zwei Wochen. Andere wie Charlottenburg-Wilmersdorf lassen sich 16 Wochen Zeit, verbunden mit zig Nachfragen und nicht nachvollziehbaren Vorgaben. Jüngst wurde Uhlig vom Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf zu einem Ortstermin einbestellt und vor Ort von sechs Mitarbeitenden des Amtes empfangen. Letztlich ging es um Lappalien wie die Bitte, den Bautermin rechtzeitig anzusagen und pünktlich zu beginnen. Die Lage vor Ort könne man zudem genauso gut und deutlich zeitsparender via Google Street View einschätzen, so Uhlig.

Die Folgen sind erheblich: Die gut ausgelasteten Tiefbaufirmen meiden Bezirke, die ihnen den Alltag erschweren, sodass es dort zum Stau kommt. Um die Straße aufgraben zu dürfen, braucht die Werner Pletz GmbH zudem eine Sondernutzung, die Voraussetzung für die verkehrsrechtliche Anordnung und bei vielen Bezirksämtern auch mit langen Wartezeiten verbunden ist. Man könnte zum Beispiel eine jährliche Sondernutzung erteilen, um die Prozesse zu beschleunigen, so Uhlig. Die vielen Sonderwünsche einzelner Tiefbauämter führten schließlich dazu, dass Großbaustellen viel länger als nötig stehen blieben. ■

Termin beim Amt per Video

Wenn die Angebote von Verwaltungen digitalisiert werden, nützt das Bürgern und Beschäftigten. Die Heinlein Support GmbH arbeitet an sicheren Lösungen dafür

Mit der Digitalisierung von Verwaltungsdienstleistungen kennt sich Peer Heinlein aus. Neben seiner 2004 gegründeten Heinlein Support GmbH ist er mit mailbox.org für sichere E-Mails und der Videokonferenzlösung OpenTalk Spezialist für sichere Kommunikation in Unternehmen, aber zunehmend auch in Behörden. Im Auftrag der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie etwa stattete er Berlins Lehrkräfte mit E-Mail-Postfächern aus. Für den Freistaat Thüringen entwickelt Heinlein eine Videokonferenzplattform. Über Arbeitsmangel können der Geschäftsführer und seine 75 Beschäftigten, davon 50 in Berlin, nicht klagen.

„Die Corona-Pandemie hat die Digitalisierung stark vorangebracht und gleichzeitig das Arbeiten im Homeoffice etabliert. Während die Wirtschaft dafür zügig Voraussetzungen geschaffen hat, besteht in der Verwaltung aber noch erheblicher Nachholbedarf“, sagt Heinlein. Dabei trügen moderne und innovative Arbeitsplätze auch dazu bei, den Fachkräftemangel in der Verwaltung zu entschärfen. Außerdem könnten Arbeitszeiten flexibilisiert werden, wovon Beschäftigte und Bürger gleichermaßen profitieren würden.

„Der Terminmangel in den Berliner Ämtern ist seit Jahren bekannt und eklatant“, so der Unternehmer. „Digitale Dienstleistungen können die Abläufe effizienter – schneller und kostengünstiger – gestalten.“ Gesprächstermine im Bürgeramt könnten entfallen und online erledigt werden. Begehungen der Fachaufsicht, etwa im Gesundheitswesen, könnten per Videokonferenz stattfinden, um die wenigen Kontrolleure effektiver einzusetzen. Länder wie Litauen machten vor, wie dank digitaler Strukturen Prozesse für Unternehmen, etwa eine Gründung oder Genehmigungen, erheblich vereinfacht werden. Auch open-Source-orientierte Bundesländer wie Schleswig-Holstein seien deutlich innovativer und nachhaltiger.

Aus Sicht von Heinlein muss es einen digital-souveränen Behördenarbeitsplatz wie open-Desk geben, der frei im Browser benutzt werden kann, sodass Mitarbeitende auch im Homeoffice erreichbar sind. Ein einheitliches Arbeitsumfeld und ein einheitlicher Dokumentenaustausch nach offenen Standards wären Voraussetzung, um die Verwaltungen untereinander besser zu vernetzen und effizienter sowie mobiler auszustatten. „Die Verwaltung muss auch dem Bürger auf digitalem Wege etwa via Videokonferenz antworten können und nicht nur postalisch, was Zeit, Porto und Papier kostet.“ Elektronische Kommunikation wie überall sonst müsse auch in der Verwaltung selbstverständlich sein. Für Signatur und Nachweis der sicheren Herkunft gebe es längst Lösungen. ■

”

Digitale Dienstleistungen können Abläufe effizienter gestalten.

Peer Heinlein



Gut vernetzt
Der Unternehmer auf LinkedIn unter dem QR-Code:



Peer Heinlein ist Geschäftsführer der Heinlein Support GmbH und Experte für sichere Kommunikationsstrukturen

